**Zeitschrift:** Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut

**Band:** 4 (1963)

**Heft:** 7

**Buchbesprechung:** Von Adam bis Zirpel : ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 11.09.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

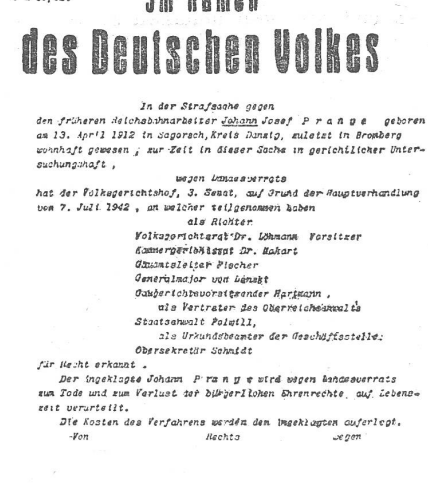
Von Adam bis Zirpel

# Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten

**Vor zehn Tagen wurde der eben erst ernannte sowjetzonale Minister Karl-Heinz Bartsch aller seiner Funktionen enthoben, nachdem im Westen auf die Vergangenheit des frischgebackenen ZK-Mitgliedes als Angehöriger der Waffen-SS hingewiesen worden war. Aussergewöhnlich ist aber hierbei nur die rasche Reaktion Pankows, nicht aber die Tatsache, dass frühere Nazis hohe Posten in der SBZ bekleiden. Die Sowjetzone, die mit einem gigantischen Propagandaaufwand gegen die «faschistische» Bundesrepublik und ihre Persönlichkeiten ins Feld zieht, hat von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Hitlers nicht nur die totalitäre Gesinnung, nicht nur den Aufbau der Gesellschaft mit ihren Jugend- und Militärorganisationen, nicht nur zahlreiche Systemformen, sondern auch einen ganzen Stab von Personen übernommen. Eine zu Beginn dieses Jahres herausgekommene Schrift vom Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen in Westberlin zählt dreihundert ehemalige Nationalsozialisten auf, die heute führende Stellungen in der «DDR» bekleiden (Bartsch übrigens ist nicht dabei).**

Bei der Veröffentlichung über «Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten» handelt es sich um die vierte, ergänzte Auflage eine Liste, die erstmals von vier Jahren mit 75 Namen erschienen war. Sie zählt nur eindeutig nachweisbare Fälle auf: Ueberall ist etwa der Eintritt in die NSDAP mit genauem Datum unter Angabe der Parteinummer angegeben. Zahlreiche Reproduktionen von Dokumenten aus der nationalsozialistischen Zeit ergänzen die Aufzählung, welche jeweils die wichtigsten Funktionen der betreffenden Personen vor und nach 1945 einander gegenüberstellt.

«Es ist weder Aufgabe noch Absicht des Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen», so heisst es im Vorwort, «die Personalpolitik in der Bundesrepublik zu überprüfen oder zu verteidigen. Vielmehr interessiert die Frage, ob Pankow moralisch legitimiert ist, sich als Richter über Verhältnisse in der Bundesrepublik aufzuspielen.


78/410
5 30/42.

Im Namen
des Deutschen Volkes

In der Strafsache gegen
den früheren Reichsbahnarbeiter Johann Josef P r a n g e geboren
am 13. April 1912 in Sagorsch, Kreis Danzig, zuletzt in Bromberg
wohnhaft gewesen, zur Zeit in dieser Sache in gerichtlicher Unter-
suchungshaft,
wegen Landesverrats
hat der Volksgerichtshof, 3. Senat, auf Grund der Hauptverhandlung
vom 7. Juli 1942, an welcher teilgenommen haben
als Richter
Volksgerichtsrat Dr. Lohmann Vorsitzer
Kammergerichtsrat Dr. Rohart
Gauamtsleiter Fischer
Generalmajor von Lenski
Gaugerichtsvorsitzender Hartmann,
als Vertreter des Oberreichsanwalts
Staatsanwalt Poluttl,
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle:
Obersekretär Schmidt
für Recht erkannt.
Der Angeklagte Johann P r a n g e wird wegen Landesverrats
zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebens-
zeit verurteilt.
Die Kosten des Verfahrens werden dem Angeklagten auferlegt.
Von Rechts wegen

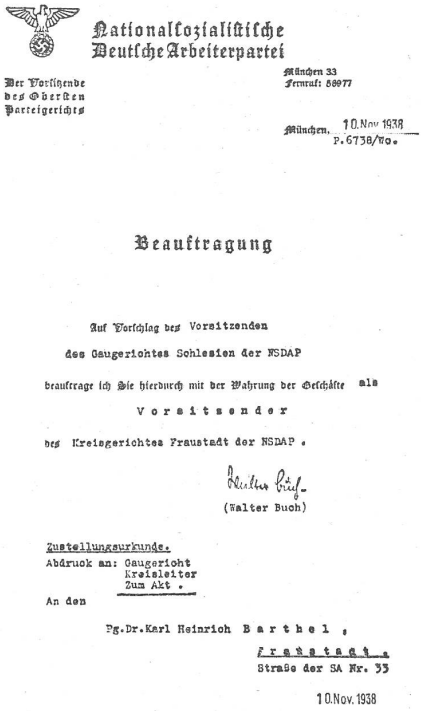
**Dieses Todesurteil des nationalsozialistischen «Volksgerichtshofes» in Berlin aus dem Jahre 1942 ist mitunterzeichnet vom selben Arno von Lenski, der jetzt Träger der «Medaille für Kämpfer gegen den Faschismus 1933—1945» ist. Als Richter der Nazijustiz amtete er in den Jahren 1939 bis 1942 und war nachweislich an 20 Terrorurteilen gegen deutsche, polnische und holländische Staatsbürger beteiligt. Zuvor hatte er in der Wehrmacht als Generalmajor gedient. Später bekleidete er den gleichen Rang in der «Nationalen Volksarmee» Pankows. Er ist heute Abgeordneter der Volkskammer und Zentralvorstandsmitglied der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft.**

Jeder, der die Verhältnisse in der Sowjetzone kennt, weiss, dass die Unterdrükkungsmethoden des kommunistischen Regimes um keinen Deut besser sind als die des verflossenen nationalsozialistischen Regimes. Immer wieder drängen sich Vergleiche auf: die Unterdrückung der freien Meinungsäusserung, die gelenkte und gleichgeschaltete Presse, das Wirken der Geheimpolizei, das Verhindern freier und geheimer Wahlen, die Beseitigung der Unanhängigkeit und Unparteilichkeit der Gerichte, die willkürlichen Verhaftungen, insgesamt die Beherrschung des Staats- und Verwaltungsapparates durch die Staatspartei — all dies ist beiden totalitären Regimen gemeinsam.»

Zu dieser massgeblichen Systemähnlichkeit tritt die personelle Frage erst noch hinzu. 300 Namen enthält die neuveröffentlichte Liste von Nazis, die «heute unter andern Vorzeichen ein ähnliches Schreckensregime födern wie damals». Im folgenden geben wir eine Uebersicht über die wichtigsten nationalsozialistischen Parteigenossen (Pg.) in der SBZ (die Funktionen beziehen sich auf Jahresanfang 1963). Die verschiedenen erwähnten sowjetzonalen Parteien (NDP = Nationaldemokratische Partei, DBD = Demokratische Bauernpartei Deutschlands, LPD = Liberal-Demokratische Partei, CDU = Christlich-Demokratische Union) sind von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED = KP) gesteuert und anerkennen deren führende Rolle auch in ihren Parteiprogrammen und Statuten.

Unter anderm nennt die Broschüre drei amtierende Minister der Zonenregierung: Hans Bentzien (SED), Minister für Kultur; Curt Heinz Merkel (SED), Minister für Handel und Versorgung; Hans Reichelt (DBD), Minister für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft. NSDAP-Mitglieder waren auch zwei andere Spitzenfunktionäre des sowjetzonalen Staatsapparates, der stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates Heinrich Homann (NDP), Pg. seit dem 1. 5. 1933, Mitgliedsnummer 3 279 531, und der stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Werner Winkler (SED), der mit seinem Parteieintritt vom 1. 12. 1931 und der Nr. 824 289 als «alter Kämpfer» gilt.

Von den neu in die Liste aufgenommenen Journalisten seien hier sechs erwähnt, die heute sämtlich der SED angehören: Dr. Karl-Heinz Gerstner, Chefreporter der «Berliner Zeitung», der nach 1945 in Westberlin als stellvertretender Bürgermeister des Bezirks Wilmersdorf wegen falscher Angaben im Fragebogen abgesetzt wurde; Dr. Walter Künzel, Chefredaktor des Akademie-Verlages in Ostberlin, Pg. seit dem


Nationalsozialistische
Deutsche Arbeiterpartei

Der Vorsitzende
des Obersten
Parteigerichts

München 33
Fernruf: 58977

München, 10. Nov 1938
P.6738/Ro.

Beauftragung

Auf Vorschlag des Vorsitzenden
des Gaugerichtes Schlesien der NSDAP
beauftrage ich Sie hierdurch mit der Wahrung der Geschäfte als
V o r s i t z e n d e r
des Kreisgerichtes Fraustadt der NSDAP.

(Walter Buch)

Zustellungsurkunde.
Abdruck an: Gaugericht
Kreisleiter
Zum Akt.

An den

Pg.Dr.Karl Heinrich B a r t h e l,
F r a u s t a d t,
Straße der SA Nr. 33

10.Nov.1938

**Mit diesem Schreiben wurde der jetzige Parlamentsabgeordnete und Kreisarzt in Wittenberg, Dr. Karl Heinrich Barthel, seinerzeit zum Präsidenten des Kreisparteigerichts Fraustadt der NSDAP ernannt. Er war seit 1932 Nazi. Unter den zahlreichen Auszeichnungen, die er in der «DDR» erhielt, befindet sich das Ehrenzeichen für deutsch-sowjetische Freundschaft.**

1. 2. 1930; Werner Mielisch, stellvertretender Chefredaktor der «Lausitzer Rundschau»; Prof. Dr. Wolfgang Rödel, Dekan der Fakultät für Journalistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig; Peter Theek, stellvertretender Cheredaktor der in Westberlin vertriebenen SED-Zeitung «Die Wahrheit»; Rudolf Wahode, Leiter der Nachrichtenabteilung des «Deutschlandsenders».

Auffällig viele alte Parteignossen sind in den Präsidien und Vorständen wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Organisationen zu finden. Die «Kammer der Technik» beispielsweise wird von drei ehemaligen NSDAP-Mitgliedern geleitet, dem Präsidenten Prof. Horst Peschel, Parteieintritt 1. 5. 1937, dem Vizepräsidenten Prof. Josef Stanek, der der Partei schon am 1. 3. 1932 beitrat, und dem 1. Sekretär Herbert Strampfer, Pg. seit dem 1. 5. 1933.

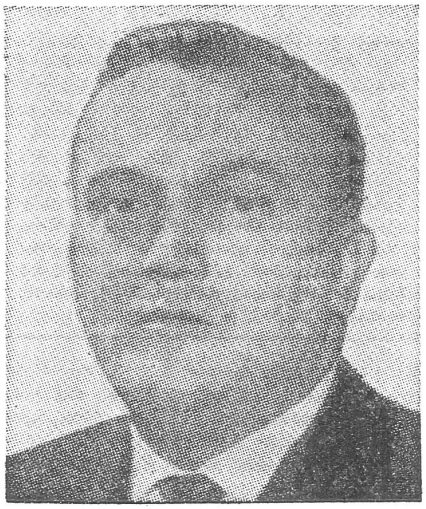
*Eine interessante politische Vergangenheit hat das Präsidiumsmitglied der «Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft», Prof. Johannes F. Gellert (NDP), aufzuweisen. Als Pg. Nr. 2 382 800 vom 1. 5. 1933 vertrat er als Schriftsteller die vom Kolonialpolitischen Amt der NSDAP herausgegebenen Richtlinien zur rassisch-völkisch ausgerichteten Kolonialpolitik des «Dritten Reiches» u. a. in den Druckschriften «Volk — Heimat — Kolonien» und «Wissenschaft und Kolonialforderung». Im Präsidium der Afrika-Gesellschaft ist mit Prof. Gerhard Reintanz (CDU) noch ein weiterer NSDAP-Angehöriger zu finden.*

Die «Deutsch-Nordische Gesellschaft hat in Prof. Hans-Jürgen Geerdts (SED) einen Pg. zum Präsidenten; Präsidiumsmitglied ist Pg. und SA-Sturmführer Prof. Dr. Otto Meisser. Dem Präsidium der «Deutsch-Lateinamerikanischen Gesellschaft» gehört Pg. Hans Gericke (NDP), Vizepräsident des sowjetzonalen «Bundes Deutscher Architekten» an; im Präsidium der «Deutsch-Südostasiatischen Gesellschaft» sitzt Pg. Dr. Johannes Schulte (LDP), Chefarzt der Poliklinik des Regierungskrankenhauses.

Mitglied des Präsidiums der «Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse» ist der Mathematiker Prof. Dr. Heinrich Grell, der am 1. 5. 1933 der NSDAP beitrat, am 26. 7. 1935 aber wegen unsittlicher Handlungen an Kindern ausgeschlossen wurde. Ebenfalls am 1. 5. 1933 wurde Parteimitglied der 1. Vorsitzende des Bezirksvorstandes Dresden dieser Gesellschaft, Prof. Werner Gruner (SED), in Fachkreisen als Konstrukteur des MG 42 bekannt. Unbekannt war bisher die Parteimitgliedschaft des Präsidenten des sowjetzonalen «Deutschen Turn- und Sportbundes» (DTSB), Manfred Ewald (SED).

**Karl-Heinz Bartsch wurde am letzten SED-Parteitag ins Zentralkomitee berufen und zu Beginn dieses Monats zum Minister und Mitglied des Ministerrat-Präsidiums ernannt. Aber seinen Posten als Vorsitzender des Landwirtschaftsrates und Chef der Produktionsleitung behielt er nicht lange.**

**Im Westen wurde nämlich auf seine Vergangenheit als Mitglied der Waffen-SS hingewiesen, so dass sich das Zentralkomitee zur folgenden Ausschlusserklärung gezwungen sah: «Genosse Karl-Heinz Bartsch wurde aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen, weil er seine Zugehörigkeit zur Waffen-SS verschwiegen hat und dadurch der Partei grossen Schaden zufügte.» Auch der Ministerrat enthob ihn sofort seiner Funktionen «auf Grund der jetzt bekannt gewordenen Tatsache, dass er Angehöriger der faschistischen Waffen-SS war». Zuvor war Professor Bartsch, Kandidat des Politbüros des ZK, Stellvertreter des Landwirtschaftsministers. Wenn die SED vorgibt, so genau im Bilde zu sein über die braune oder auch nur angeblich braune Vergangenheit westdeutscher Persönlichkeiten, so verwundert es um so mehr, dass sie nicht Bescheid weiss über die Vergangenheit ihrer eigenen ZK-Mitglieder.**



Ein anderer führender Sportfunktionär, der 1. Vorsitzende der Zentralen Sektion Seesport und Mitglied des Präsidiums des Zentralvorstandes des Gesellschaft für Sport und Technik (GST), Heinz Schreiber (SED), fand sogar schon am 1. 2. 1932 den Weg zur NSDAP.

*Fünf Jahre nachdem die Sowjetzonenvolkskammer ein «Gesetz über die Durchführung einer Volks-, Berufs- und Wohnraumzählung» am 15. Januar 1959 beschlossen und vier Jahre nachdem die Volkskammer beschlossen hat, die Volkszählung «auf einen vom Ministerrat festzulegenden Termin verschieben», ist jetzt ein Termin für eine Volkszählung mit Stichtag 31. Dezember 1964 angesetzt worden. Damit findet erstmalig nach 14 Jahren wieder eine Volkszählung in der Sowjetzone statt. Auf eine Zählung des Wohnraumes wird verzichtet. Eine Wohnraumzählung hat zuletzt im März 1961 stattgefunden.*

# Sahara-Erdöl und Algerien

*J. M.* In Algier wie auch im Ausland wird oft gesagt, die Einnahmen aus den saharischen Erdöl- und Erdgasquellen sollten eigentlich genügen, um die gewaltige Defizitlücke des algerischen Budgets zu schliessen. Diese propagandistische Wunschformel hält jedoch einer sachlichen Ueberprüfung nicht stand.

Tatsächlich wurden in der Sahara erst Jahre nach dem Ausbruch des algerischen Krieges flüssige Bodenschätze entdeckt, deren Ausbeute ab 1956 einsetzte. Frankreich wollte nicht nur Devisen sparen, sondern auch die während der Suezkrise sichtbar gewordene politische Abhängigkeit von den Oelquellen im Orient neutralisieren. Dank Investitionen von etwa 1,5 Milliarden NF und der Verwendung modernster technischer Mittel förderte 1962 die Sahara 20,4 Millionen Tonnen Erdöl, vor allem in Hassi Messaoud und Edjeleh, was etwa 90 Prozent der gesamtfranzösischen Produktion und rund zwei Dritteln des gesamtfranzösischen Verbrauchs entspricht. Die Erdölförderung liegt hauptsächlich in den Händen der Firmen CFPA, CREPS und SN REPAL, wobei die beiden erstgenannten Privatunternehmen sind, während die SN REPAL zu 40,5 Prozent vom französischen Staat finanziert wurde. Dieser Anteil ging mit der Unabhängigkeit an den algerischen Staat über, wobei die Dividenden für das Jahr 1962 auf 38 Millionen NF veranschlagt werden. Eine Besteuerung der Gewinne der Erdölgesellschaften darf übrigens erst ab 1963 (CREPS) respektive 1964 (CFPA und SN REPAL) ins Auge gefasst werden und soll zunächst 65 Millionen NF, 1964 dann 128 Millionen NF abwerfen, was einer fünfzigprozentigen Abgabe auf dem Gewinn entspricht.

Dagegen kann Algerien bereits jetzt auf die Abgaben aus der Produktion, 12,5 Prozent des Wertes des tatsächlich geförderten Erdöls, sowie einer Taxe auf dem Transport des Erdöls per Pipeline rechnen, die 1962 die beträchtliche Summe von 264 Millionen NF abwarfen, so dass die Gesamteinnahmen des Staates auf etwa 302 Millionen NF geschätzt werden. Entsprechend der sich weiter entwickelnden Produktion kann für 1963 mit 410 Millionen NF, 1964 mit 473 Millionen NF und 1965 mit etwa 500 Millionen NF gerechnet werden.

Von diesen Beträgen muss Algerien jedoch ungefähr zwei Drittel wieder in der Erdölindustrie investieren, damit diese weiterhin leistungsfähig bleibt. Dazu gehört in erster Linie ein kostspieliges Entwicklungs- und Suchprogramm, dem 1960 allein 60 Prozent der zur Verteilung gelangenden Einkünfte zur Verfügung gestellt wurden. Ein einziges Bohrloch kostet durchschnittlich rund 5 Millionen NF, und die gegenwärtig versuchte Wiedereinspritzung von Naturgas in die 3300 Meter tiefen, etwa hundert Meter messenden Oelschichten kostet ebenfalls viel Geld. Gelänge es, die pro Tonne Oel anfallenden 220 Kubikmeter Gas, die nutzlos verbrennen, wieder einzuspritzen, so könnten die vorhandenen Oelvorräte, bei Hassi Messaoud allein 2500 Millionen Tonnen, weit besser ausgeschöpft werden, als dies gegenwärtig mit rund 400 Millionen Tonnen, oder 16 Prozent möglich ist, was nur einer etwa zwanzigjährigen Produktionszeit entsprechen würde. Dabei sind in den genannten Zahlen über die Verteilung der Einkünfte aus der Oelindustrie gewisse Abschreibungen in der Höhe von 70 Millionen NF noch gar nicht berücksichtigt...

Die ebenfalls gewaltigen Vorkommen an Erdgas werfen vorläufig noch wenig ab, weil sie nur zu einem ganz geringen Prozentsatz wirtschaftlich ausgebeutet werden können. Gegenwärtig handelt es sich um 284 Millionen Kubikmeter, die per Pipeline nach Algier und Oran geführt und dort lokal verbraucht werden. Die Vorräte sollen 2000 Milliarden Kubikmeter betragen, doch ist der Transport nach Europa wenig rentabel.

Da ein normales algerisches Budget, ohne Investierung oder Ausgaben für eine Aufrüstung gegen 6 Milliarden NF Einnahmen und Ausgaben umfassen sollte, tatsächlich für 1963 aber nur 2,83 Milliarden NF beträgt, bilden die rund 104 Millionen, die 1962 dem Staat tatsächlich zuflossen (knapp 4 Prozent), nur einen Tropfen auf einen heissen Stein. Für 1963 sollen etwa 137 Millionen zur Verfügung stehen, was knapp 5 Prozent ausmacht. Vergleichsweise sieht allein der Plan von Constantine eine jährliche Investition von 2,55 Milliarden NF vor...

Anderseits ist Frankreich dank seiner günstigen Devisenlage heute nicht mehr ausschliesslich auf das algerische Oel angewiesen, und würde im Falle eines bewaffneten Konfliktes mit der Sowjetunion auf Grund der pro-östlichen Einstellung der algerischen Machthaber auch kaum auf Lieferungen rechnen können. Seit dem Tode Matteis sind die Möglichkeiten für algerische Erpressungsversuche auf dem Oelsektor ohnehin weiter geschwunden. Algerien kann seine Erdölindustrie weder mit eigenen Fachleuten in Betrieb halten, noch mit eigenen Geldern weiter ausbauen. Die Sowjets sind weder gewillt noch in der Lage, einige tausend französische Spezialisten zu ersetzen, so dass auch auf diesem Gebiet Algerien letzten Endes auf eine vernünftige Zusammenarbeit mit Frankreich angewiesen ist. Die Oelindustrie gibt Tausenden von Algeriern Arbeit, bringt Geld und moderne Verkehrsmittel in die Sahara, und macht vor allem eine sich vielleicht doch langsam entwikkelnde Industrie von jeder ausländischen Energie unabhängig. Darin, und nicht in den hundert oder zweihundert Millionen Steuereinnahmen, liegt der wahre Wert der saharischen Bodenschätze.

*DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum*

# DER KLARE BLICK

*Bern, 20. Februar 1963*

*Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.*

## Unser Memo

In der Sowjetunion, daran sei wieder einmal erinnert, hat laut der geltenden Verfassung jede Unionsrepublik das Recht auf Sezession. Allerdings — wem es einfallen würde, dafür öffentlich einzutreten, hat laut dem Gesetz über besonders gefährliche staatsfeindliche Delikte vom 25. Dezember 1958 mit der Todesstrafe zu rechnen.

Nun, wenn schon der Buchstabe offizieller Dokumente auf so krasse Weise doppelzüngig ist, welche Lügenfreiheit hat erst die Propaganda! So waren vor einiger Zeit am gleichen Tag zwei sowjetische Stimmen zu nationalen Fragen zu vernehmen, die eine für externen, die andere für internen Gebrauch. Radio Moskaus Sendung in arabischer Sprache erklärte am 16. Januar: «Friedliche Koexistenz, wie die Sowjetunion sie versteht, will in keiner Weise irgend einem Volke das Recht zu Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit absprechen. Vielmehr unterstützt sie dieses Recht.»

Am gleichen Tag veröffentlichte die «Kasachstanskaja Prawda» (Alma-Ata) einen Leit- und Redaktionsartikel: «Die internationale Erziehung ist ein Kampfgebiet der ideologischen Arbeit.» Bemerkenswert ist schon die prinzipielle Ausgangsfeststellung: «Gegenwärtig findet die weitere Annäherung der sozialistischen Nationen (also nicht etwa nur Sowjetrepubliken) statt, die in Zukunft zur völligen Einheit führen wird.» Anschliessend werden der kasachischen Bevölkerung die Leviten bezüglich «nationaler Beschränktheit und Exklusivität» gelesen.

Dazu gehört schon die Anhänglichkeit an das kasachische Territorium. Die Unionsrepublik hat soeben (im Zuge der sowjetischen Staats- und Wirtschaftsreorganisation) drei Bezirke und einige Kolchosen und Sowchosen an Usbekistan abgetreten, welches für diese Baumwollgebiete eine entsprechende Wirtschaftsverwaltung hat. Kritik an diesem Beschluss von seiten der Bevölkerung wird verbeten.

Anschliessend wird es als «nationaler Egoismus» gebrandmarkt, «fruchtlose Diskussionen über Begriffe, wie ‚nationale Eigenart' oder ‚nationale Form der Kultur' zu entfesseln» (obwohl gerade Lenin diesen Begriff wenigstens propagandistisch volle Anerkennung zugestand). Der Gebrauch der kasachischen Sprache für Dramaturgie oder Cinematographie wird als «Hindernis zur Annäherung der nationalen Kulturen» hingestellt. Und dann hebt die Zeitung in Fettdruck heraus: «Zur Entscheidung aller Fragen von Wirtschaft, Kultur und Erziehung wird von allen Parteimitgliedern und allen Sowjetbürgern verlangt, die richtige internationale Stellung einzunehmen: zuerst Kommunist und international zu sein und dann erst Russe, Kasache, Ukrainer, Usbeke oder Ujgure.»

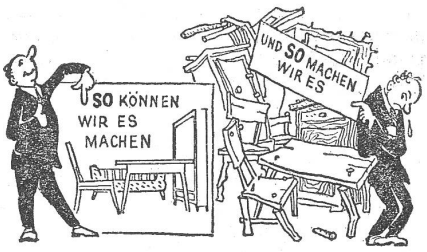
Es wäre interessant, von westlichen Kommunisten zu erfahren, ob sie diesen Satz annehmen oder ablehnen.

Und es wäre, um auf unser erstes Beispiel zurückzukommen, auch für die arabischen Völker auf der Suche nach Selbstbestimmungsrecht aufschlussreich zu wissen, wie dieses im kommunistischen Block gehandhabt wird — laut eigenem Zeugnis.

## Es war ein Möbel aus Tula

Zu den Betrieben, welche Chruschtschew ohne Namensnennung wegen ihrer permanenten Ausschussproduktion am ZK-Novemberplenum des letzten Jahres kritisierte, muss bestimmt die Möbelfabrik von Tula gehören. Das wenigstens ist die entschiedene Meinung der Moskauer «Ekonomitscheskaja Gasjeta», die mit einem langen Artikel der Verfasser G. Wassiljew und G. Ilitschew etliche Missstände zu geisseln hat. Eine Kontrolle habe zu folgendem Resultat geführt: Von 115 Erzeugnissen erwiesen sich 91 als schlecht und mussten zur Reparatur zurückgegeben werden. Ende November beliefen sich die Ausschusswaren auf 100 Prozent. Die normale Wareninspektion (Qualitätskontrolle) kam für die ersten zehn Monate des letzten Jahres zu folgendem Ergebnis: Von den 5700 kontrollierten Möbelstücken entsprachen 5200 den Anforderungen nicht (91,4 Prozent).

Dabei wird die Fabrik «gut ausgerüstet» genannt. Sie arbeite nur deshalb schlecht, weil sie «auf Geschwindigkeit» abstelle (das heisst auf vorzeitige Planerfüllung, die bis zum letzten November immer als Gradmesser für Tüchtigkeit betrachtet wurde — und praktisch wahrscheinlich noch längere Zeit betrachtet wird). Die Klage, man könne schon gut produzieren, wenn man nur wolle, könnte abgeändert werden: Man könnte schon zweckmässig produzieren, wenn man nur innerhalb der Planwirtschaft ein Interesse daran hätte.




*Die Zeichnung zeigt (links) wie man es machen könnte und (rechts) wie man es macht.*

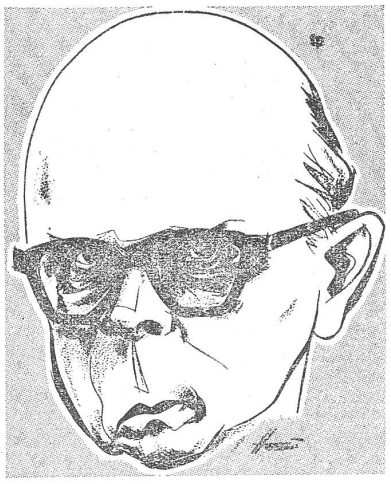
## Der Schnappschuss

*Ein Kurs für Sowchosarbeiter in Lettland hat sein Soll zu fünf Prozent erfüllt. Von 140 gemeldeten Kursteilnehmern erschienen sieben zum Unterricht. «Dazu ist noch zu bemerken, dass einige Teilnehmer vor Abschluss des Lehrgangs austraten», bemerkt sarkastisch die «Sowjetskaja Latwija».*

*

*In China wird eine moderne Art der Eheschliessung eingeführt, bei der sich das junge Paar dreimal vor dem Bilde Mao Tse-tungs verneigt. Der Bräutigam verspricht dabei feierlich, das Land gegen alle Feinde zu verteidigen, während die Braut gelobt, mehr zu produzieren und den sozialistischen Aufbau zu fördern. Die kommunistische Jugendzeitung vom Bezirk Huanan bemerkt hiezu, diese unterstützungswürdige Form der Eheschliessung sei «bereits keine Rarität» mehr. Die übrige Dekoration des Lokals scheint variieren zu dürfen, doch wird das lobende Beispiel einer Trauung zitiert, die unter drei Wandaufschriften stattfand. Sie lauteten: «Vorwärts zur Rekordernte», «Jedem nach seiner Arbeit» und «Die Landwirtschaft ist die Basis der Volkswirtschaft».*

## Curriculum der Woche



**HERBERT KRÖGER**

*Rektor der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft «Walter Ulbricht» in Potsdam Babelsberg, ehemaliger SS-Oberscharführer.*

*Der Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen in Westberlin schreibt im Buch «Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten»: «Ein Treppenwitz in der Geschichte der deutschen Kommunistischen Partei dürfte es sein, dass sie sich im Prozess vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe (1956), der bekanntlich zum Verbot der KPD in der Bundesrepublik führte, von einem früheren SS-Führer verteidigen liess: Professor Dr. Herbert Kröger (SED).»*

*Geboren 15. Juli 1913 in Dortmund. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, Dr. jur. 3. Oktober 1933 Eintritt in die SA, 1. Mai 1937 Eintritt in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), 31. Juli 1933 Eintritt in die SS. Landgerichtsrat und SS-Oberscharführer in einer dem SD-Hauptamt unterstehenden Einheit. Im Krieg Oberleutnant der Reserve, gerät bei Stalingrad in Kriegsgefangenschaft. Besuch einer Antifaschule in der Sowjetunion, Assistent und Personalsachbearbeiter von Zaisser, dem nachmaligen SBZ-Staatssicherheitsminister. 1947 Rückkehr nach Deutschland, Mitglied der SED, Professor und Dekan der Verwaltungsakademie in Forst Zinna, juristischer Mitarbeiter des ZK der SED. 1949 Direktor des Instituts für Staatsrecht in Ostberlin, Dekan der juristischen Fakultät. 1955 Rektor der «Ulbricht-Akademie». Seit Oktober 1956 Mitglied des Redaktionskollegiums des theoretischen Organs der SED, «Einheit». Abgeordneter in der Volkskammer (Parlament) seit 1950. Mitwirkung bei der sowjetzonalen Justizreform, mehrere Auszeichnungen.*